



Presseinformation

Nr. 146/2007

Kiel, Donnerstag, 10. Mai 2007

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Umwelt/ Holzbeschaffungsrichtlinie

Wolfgang Kubicki, MdL

Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

Günther Hildebrand zur Holzbeschaffungsrichtlinie

In seinem Redebeitrag zu **TOP 27** (Holzbeschaffungsrichtlinie) erklärte der umweltpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Günther Hildebrand**:

„Also irgendwie befinden sich die Grünen auf dem Holzweg.

Denn was, was sie heute unter dem Titel „Holzbeschaffungsrichtlinie“ zur Debatte stellen, behandelt nicht etwa die Frage, wie die Verwendung von Holz und Holzprodukten im Land gesteigert werden könnte – übrigens ein Thema, über das wir sehr gerne weiter diskutieren würden.

Unsere Fragen dazu hat die Landesregierung in ihrem vermeintlichen Bericht zur Forst- und Holzwirtschaft ja leider im Wesentlichen unbeantwortet gelassen.

Nein, den Grünen geht es wieder nur um die alte Debatte, wie dieses Holz zertifiziert sein müsste.

Dabei ist es landes- und bundesweit längst Konsens, dass nur noch Holz aus nachhaltiger Waldwirtschaft Zugang zum deutschen Markt bzw. Verwendung auf dem deutschen Markt finden soll, um den illegalen Holzeinschlag und die weltweite Waldzerstörung einzudämmen.

Holz, dass nach den Regeln des Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziert ist, gehört da ohne Frage dazu.

Aber – auch das von den deutschen Forstbetrieben entwickelte eigene Gütesiegel, das Pan European Forest Certificate (PEFC) ist ein Zertifikat, dass Holz aus nachhaltiger Waldwirtschaft – aus nachhaltiger nationaler Waldwirtschaft – garantiert.

Wissenschaftliche Untersuchungen haben übereinstimmend die Gleichwertigkeit beider Labels festgestellt. Es gibt also gar keinen Grund, das eine oder andere Label zu bevorzugen.

Ich sehe meine Aufgabe nicht darin, Ihnen an dieser Stelle die Vorzüge und Nachteile des einen oder anderen Gütesiegels darzutun - das können die jeweiligen Verbände am besten selbst. Aus der letzten Legislaturperiode gibt es zudem dazu einen ausführlichen Bericht der Landesregierung.

Ich sehe es aber sehr wohl als meine Aufgabe, die praktizierte nachhaltige Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein und in Deutschland vor Schaden zu bewahren, der durch die Bevorzugung eines Siegels entstehen kann, wie es Bündnis 90 / DIE GRÜNEN in ihrem Antrag anstreben.

Denn das Holz aus unseren heimischen Wäldern steht nicht nur in einem harten Wettbewerb zu dem unter anderen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erzeugten Holz aus Drittstaaten. Holz muss sich in den einzelnen Verwendungsbereichen auch gegenüber anderen Werkstoffen behaupten.

Wenn gleichwohl die Nachfrage nach heimischen Holz gesteigert werden und das Holzangebot qualitativ und quantitativ verbessert werden soll – und so steht das schließlich in der Holzcharta der Bundesregierung - dann kann es nicht hilfreich sein, sich auf das FSC-Siegel festzulegen.

Im Gegenteil, ohne dass es an der Nachhaltigkeit bei der Bewirtschaftung etwas ändern würden, wäre für die privaten Holzwirte eine Umstellung von PEFC auf FCS mit unverhältnismäßigem und vor allem unbezahlbarem Aufwand verbunden.

Es ist noch nicht einmal auszuschließen, dass sich Verbraucher ganz gegen Holzprodukte entscheiden, weil sie sich durch die Gütesiegel irritiert fühlen und Zweifel haben, ob sie der Umwelt etwas Gutes zu tun, wenn sie Holz kaufen, dass schon einen weiteren Teil der Welt bereist hat, als sie selbst

Die FDP fordert deshalb nachdrücklich, dass die Gütesiegel als marktwirtschaftliches Instrument von jeglicher staatlicher Beeinflussung frei bleiben. Wenn der Staat seinen gesetzlichen Verpflichtungen gerecht werden will, muss er seine Neutralität wahren und es den Betrieben überlassen, für welches Zertifikat sie sich entscheiden. Es ist nicht die Aufgabe des Staates durch die Bevorzugung eines Siegels die Nachfrage zu steuern.

Dagegen kann es durchaus eine Aufgabe sein, der hohen Bereitschaft in der Bevölkerung, mit Holz zu bauen, zu mehr praktischer Ausgestaltung zu verhelfen. Die Charta für Holz schlägt als 1. Teilziel dafür unter anderem vor, dass Bund, Länder und Gemeinden mit dem Bau repräsentativer, holzbetonter öffentlicher Bauten Signale setzen sollen. Ziel ist es, im Rahmen der Möglichkeiten mit konkreten Maßnahmen zur Erhöhung des Holzabsatzes aus legaler und nachhaltiger Waldbewirtschaftung beizutragen.

Dieser Zielsetzung schließen wir uns gerne an. Den Antrag der Grünen lehnen wir ab.“